

## Regierung ruiniert die Sozialsysteme Der Staat ist überfordert



Foto: Dekadente Römer der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt besuchten am 3. März die FDP-Geschäftsstelle in Darmstadt. (galida.wordpress.com)

Herr Westerwelle meint, der Sozialstaat sei überfordert. Stimmt das? Nach dem Haushaltsentwurf 2010 der Bundesregierung sollen angeblich insgesamt 176,7 Milliarden Euro für soziale Zwecke ausgegeben werden. Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Haushalts. Das betrachtet die Regierung als Ausweis ihrer sozialen Politik. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Diese extrem hohen Ausgaben sind ein Warnsignal!

Diese und die Vorgängerregierungen treiben die Sozialsysteme systematisch in den Ruin. Die Folge ist, dass immer mehr Steuergelder benötigt werden, um die Systeme zu stabilisieren.

Die OECD kritisiert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung wegen der Bemessungsgrenzen in den sozialen Sicherungssystemen. Sie stellt fest, dass Menschen mit hohem Einkommen durch die Bemessungsgrenzen überdurchschnittlich stark entlastet werden. Sie zahlen zu wenig in die Systeme ein. DIE LINKE hält es für unerträglich, dass die Sekretärin von Deutsche-Bank-Chef Ackermann genauso viel in die Krankenkasse, in die Arbeitslosen- und Rentenversicherung einzahlt, wie der Chef, der mehr als das Tausendfache der Sekretärin erhält. Wir fordern deshalb die Aufhebung der Bemessungsgrenzen. Damit jeder den gleichen Anteil seines Gehalts zur Finanzierung der Sozialsysteme beiträgt. Das würde den Bundeshaushalt entlasten.

Die Regierenden haben Europas größten Niedriglohnssektor in Deutschland geschaffen. Ehrlich arbeitende Menschen werden gezwungen, als „Aufstocker“ beim Job-Center um Almosen zu bitten. Jedes Jahr erhalten Unternehmen Lohnsubventionen von

über 9 Mrd. Euro. Gleichzeitig wehrt sich die Bundesregierung mit Händen und Füßen gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Doch gerade ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn würde weniger Lohnsubventionen und höhere Beiträge für die Sozialsysteme bedeuten. Auch das würde den Bundeshaushalt enorm entlasten.

Aus dem Bundeshaushalt werden Milliarden von Euro in die Rentenversicherung überwiesen. Das hat viel weniger mit der demografischen Situation zu tun, als immer gern behauptet wird. SPD, Grüne, CDU und CSU haben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Unternehmen vollwertige versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Minijobs umgewandelt haben. Der Umbau des Arbeitsmarktes bedeutet weniger Einnahmen für die Rentenkassen.

Aus dem Bundeshaushalt werden Milliarden von Euro in die Gesundheitskassen eingezahlt. Davon profitieren Pharmaunternehmen und Apotheken. Der Gesundheitsminister hat noch nichts dagegen unternommen, dass die Pharmaindustrie weiter überbeuerte Medikamente verkaufen kann. Die geplanten Zuzahlungen an die Krankenkassen wären nicht nötig, wenn diese Bundesregierung endlich die Pharma-lobby in ihre Schranken weisen würde.

Ja, der Staat ist überfordert. Doch die Ursachen liegen nicht dort, wo sie Herr Westerwelle sucht. Die Staatsfinanzen werden nicht durch Hartz-IV-Empfänger ruiniert, sondern durch eine Klientelpolitik, die die Sozialsysteme untergräbt.

Gesine Löttsch, MdB  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

## Zwischenruf

### Spitzen-Frauen

*Wo waren sie in Vancouver, die Skispringerinnen? Trotz ihrer Klagen vor kanadischen Gerichten blieben sie unsichtbar und mussten sich mit ein paar freundlichen Worten des IOC-Präsidenten und Versprechungen für die Zukunft abspeisen lassen.*

*Auch 2010 kann immer noch nicht von voller Gleichberechtigung der Frauen im Sport gesprochen werden; weder international, noch hierzulande.*

*Sicher, auch die rückwärts gewandtesten Funktionäre wagen es nicht mehr, offen ihren Argwohn Sport treibenden Frauen gegenüber zu äußern und jene abstrusen Begründungen, wonach verschiedene Sportarten Frauen Schaden an ihrer Weiblichkeit, nehmen lassen, gehören der Vergangenheit an.*

*Nein, man sonnt sich schon mal im Glanz von Weltmeisterinnen und Medaillengewinnerinnen, nimmt gerne die Gebühren zahlreicher Freizeitsportlerinnen entgegen und ist froh über die vielen ehrenamtlichen Trainerinnen, Betreuerinnen und Helferinnen, die – gerade auch im Jugendbereich – den Sportbetrieb aufrecht erhalten. Inzwischen liegt der weibliche Mitgliederanteil in Vereinen bei rund 40% – Tendenz steigend.*

*Sobald es aber um die Verteilung von Trainingszeiten, Sportstätten oder Material geht, müssen sich Frauen und Mädchen viel zu oft hinten anstellen und was bezahlte Tätigkeiten oder einflussreiche Positionen betrifft, sieht es ebenso traurig aus. Dass sich in Deutschland nur 17% Frauen in den Präsidien der Landessportbünde, nur 12% Frauen in den Präsidien der Spitzenverbände und 20% bei den Verbänden mit besonderen Aufgaben finden, ist ein Armutszeugnis.*

*Wir wollen keine Herz erwärmenden Worte mehr von offizieller Seite hören und dann im Hintergrund verschwinden, sondern gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des Sports – nicht nur beim Skispringen.*

Marlene Cieschinger

## Erster Gender Datenreport im Auftrag des Senats Be Frau, be schlau, be Berlin

Mit Wohlwollen kann ich feststellen, dass das Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern in den vergangenen Jahren ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Aus einem Randproblem, dem sich angeblich verbissene Frauen verschrieben hatten, ist ein modernes und interessantes Aufgabenfeld geworden, dem sich Politiker, Unternehmer, Verbandsvertreter, Universitätspräsidenten beiderlei Geschlechts durchaus ernsthaft zuwenden. Ich sage, noch zu wenige, aber ein Fortschritt ist erkennbar.

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erstmals ein Gender Datenreport erarbeitet worden, der seit Februar dieses Jahres im Internet wesentliche Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Eine gute Datenlage ist Grundlage von Entscheidungen. Was sagen die Zahlen aus und was folgt daraus?

Beispiel eins: Mehr als die Hälfte der Schüler an Gymnasien und der Studienanfänger an Hochschulen sind weiblich. Aber nur knapp 70 Prozent der Frauen gehen einer Erwerbsarbeit nach, bei den Männern sind es 78 Prozent. 39 Prozent der Abiturientinnen des Jahres 2007 haben in den vergangenen zwei Jahren kein Studium auf-

genommen, bei den Jungen waren es nur 30 Prozent.

Allein aus diesen wenigen Zahlen sind viele Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die jungen Berlinerinnen sind höher gebildet als die jungen Männer. Das war vor wenigen Jahren noch ganz anders. Diesen Trend gilt es weiterhin zu unterstützen, indem vor allem die Übergänge von Schule zu Hochschule zu Beruf gründlicher untersucht werden müssen, um Brüche und Abbrüche bei jungen Frauen zu mindern bzw. zu verhindern. Die Zahlen sagen aber auch, dass es wichtig ist, Bildungsmethoden den Bedürfnissen junger Männer besser anzupassen, um zu verhindern, dass sie weiter zurückbleiben.

Beispiel zwei: 46 Prozent der Promovierenden sind mittlerweile Frauen. Mit einem Frauenanteil an den regulären Professuren von 25,6 Prozent steht Berlin an der Spitze aller Bundesländer. Seit über zehn Jahren greift im Hochschul- und Universitätsbereich ein kluges, effektives Förderprogramm für Frauen. Durch die rot-rote Regierung konnte es ausgeweitet werden. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen, damit wir in einigen Jahren dann auch im internationalen Vergleich bestehen können.

Beispiel drei: Unter allen Personengruppen, die untersucht worden sind, sind alleinerziehende Frauen die größte Gruppe, die Arbeitslosengeld II bezieht. Alleinerziehend zu sein, ist das größte Armutsrisiko.

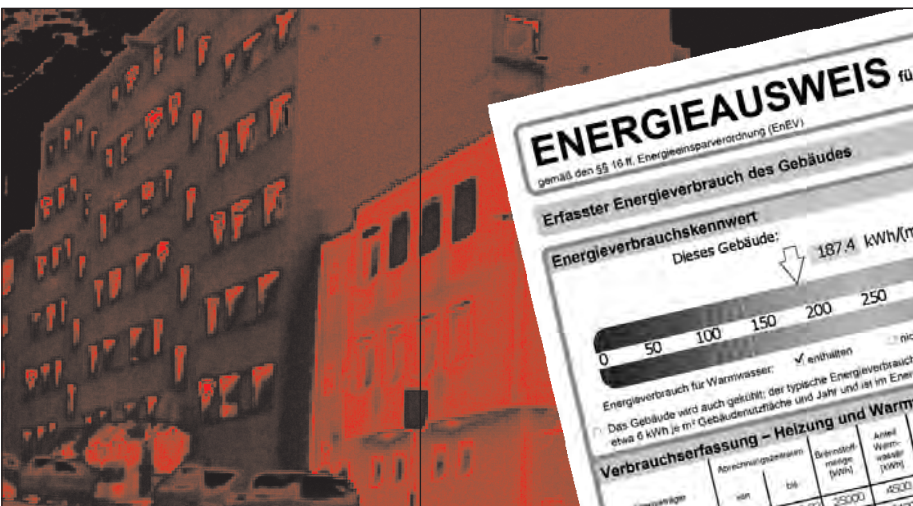
Mit allen Problemen, die hier exemplarisch aufgeschrieben sind, beschäftigen wir uns intensiv in unserer Politik. Noch in diesem Jahr wird es eine Tagung zum Thema Alleinerziehende geben, die von unserer Verwaltung organisiert wird. Danach werden wir einen konkreten Handlungsplan aufstellen. Noch in diesem Jahr werden wir die Verhandlungen zur Weiterführung des Frauenförderprogramms in Hochschulen über 2011 hinaus beginnen. Kontinuität ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Gleichstellungspolitik. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Regierungspolitik mit klarem linken Profil.

*Almuth Nehring-Venus,  
Staatssekretärin in der Senatsverwaltung  
für Wirtschaft, Technologie und Frauen*

→ **Der Report ist abrufbar unter:**  
[www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender/](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender/)

## Klimaschutzgesetz

# Wohnen – umweltgerecht und bezahlbar



Berlin setzt beim Klimaschutz und bei der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf viele Instrumente, beispielsweise freiwillige Kooperationsvereinbarungen mit großen Unternehmen. So haben sich u. a. die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet jährlich zusätzlich 56.000 t CO<sub>2</sub> einzusparen. Aus ökologischen, aber auch

aus Gerechtigkeitsgründen ist es notwendig auch jene einzubeziehen, die bisher zu wenig zu einer Reduzierung ihres Energieverbrauchs beigetragen haben. Dieses Ziel verfolgt das Klimaschutzgesetz.

Bei der Diskussion des ersten Entwurfs standen insbesondere zwei Fragen im Mittelpunkt. Kann das Land Berlin den

Eigentümern die Modernisierung der Heizungsanlage oder den Einsatz von erneuerbaren Energien vorschreiben? Ich meine das Land Berlin muss eine Vorgabe machen, wenn bestimmte Energieverbrauchswerte überschritten werden. Ob diese dann eine Wärmedämmung, eine Solaranlage oder Fernwärme aus einem Kraft-Wärme-Kopplung-Kraftwerk ist, bleibt dem Eigentümer überlassen. Zweitens muss sichergestellt werden, dass niemand aufgrund einer energetischen Sanierung sein Heim verlassen muss. Zu diesem Zweck wird es neben der Regelung ein Förderprogramm geben, welches beispielsweise den Besitzern hilft ihre Heizkessel zu modernisieren. Bei der weiteren Diskussion und Überarbeitung sollten wir das zentrale Ziel nicht aus den Augen verlieren, ein sozial gerechtes und ökologisch wirksames Gesetz, mit dem Berlin seine Vorbildrolle beim Klimaschutz ausfüllt.

*Katrin Lompscher  
Senatorin für Gesundheit, Umwelt  
und Verbraucherschutz*

## Leiharbeit begrenzen – für gute Arbeit Reallöhne im Sinkflug



Foto: flickr.com/photos/mschm

Schlecker hat es vorgemacht: Beschäftigte entlassen, um sie als Leiharbeitskräfte zum halben Lohn wieder einzustellen. 6,50 Euro die Stunde statt 12,70 Euro, weniger Urlaub, keine Sonderzahlungen. Das ist meist das Ziel von Leiharbeit: Lohndumping und Kostensenkung zu Lasten der Beschäftigten.

Schlecker ist jedoch kein Einzelfall. Viele Betriebe setzen Leiharbeit ein. Leiharbeit drangsaliert nicht nur die Beschäftigten, die schlechter bezahlt werden, weniger Rechte haben und unter einer unsicheren Zukunftsperspektive leiden. Der Einsatz von Leiharbeit wirkt auch auf die (noch) Stammbeschaft disziplinierend, wodurch Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten. So werden die Belegschaften gespalten und geschwächt.

Das alles ist nicht vom Himmel gefallen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Hartz I-Gesetz 2003 nahezu alle Schutzvorschriften in der Leiharbeit gestrichen. Das bescherte der Branche einen enormen Boom: bis 2008 erhöhte sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von 280.000 auf knapp 800.000, in Berlin von 10.000 auf 25.000 Menschen.

Wenn SPD und Grüne heute behaupten, die Entwicklungen in der Leiharbeit seien so nicht gewollt gewesen, ist das pure Heuchelei. Noch in der Bundestags-Debatte versuchte Klaus Brandner (SPD) die Union zur Zustimmung zu überreden, indem er betonte: „Natürlich geht es dabei um Abweichungen auch nach unten.“ Die heutigen Krokodilsträhnen der Sozialdemokratie hel-

fen den Beschäftigten genauso wenig, wie Mini-Korrekturen gegen vermeintlich besonders schlimmen Missbrauch.

DIE LINKE will, dass Schluss ist mit Lohndumping durch Leiharbeit! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss ohne Ausnahme gelten. Wir fordern eine Begrenzung der Überlassungsdauer auf drei Monate, damit Belegschaften nicht durch Leiharbeit ersetzt werden können. Wir wollen eine Flexibilitätsprämie und ein zwingendes Vetorecht für Betriebs- und Personalräte im Entleihbetrieb, damit Leiharbeit nicht als Erpressungsinstrument genutzt werden kann. Diese Forderungen haben wir im Deutschen Bundestag in einem Antrag vorgestellt – jede und jeder Abgeordnete, der den Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen will, kann diesen Antrag unterstützen.

Die Begrenzung von Leiharbeit ist aber nur ein Schritt auf dem Weg zu guter Arbeit und guten Löhnen. Seit vielen Jahren sind die Reallöhne auf dem Sinkflug und der Anteil prekärer Beschäftigung nimmt besonders bei den Jüngeren dramatisch zu. Das hat den Unternehmen hohe Gewinne und den Finanzmärkten gute Kapitalquellen verschafft – für die Beschäftigten bedeutet es weniger Geld in den Taschen und Löcher in den Sozialkassen. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Die Begrenzung der Leiharbeit und die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro die Stunde sind dafür erste Schritte.

*Klaus Ernst, MdB  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

### europa - links

## Weggeswiftet

*SWIFT ist kein Putzmittel und doch erinnert der Inhalt des SWIFT-Abkommens an die Methode „Mit einem Wisch ist alles weg!“. Privatsphäre, Datenschutz, Rechtsschutz – alles weg.*

*Zum Verständnis: SWIFT – ein belgischer Finanzdienstleister – sorgt für die Telekommunikation zwischen Banken weltweit. Mit seinem Netz tauschen Banken Informationen aus. Jeder Teilnehmer ist dabei mittels Kennnummer (BIC) zweifelsfrei identifizierbar. Terrorfahnder werteten seit den Anschlägen vom 11. September 2001 im US-Finanzministerium internationale Finanztransfers aus, wofür sie ein US-Server von SWIFT anzapften. Als dies aufgeflog, holte man den Server nach Europa. Die Folge: Die US-Behörden hatten ein Zugriffsproblem und befürchteten Sicherheitslücken in der Terrorismusbekämpfung. Die Regierungschefs der EU wollten den USA jedoch entgegenkommen und die Datenübermittlung über ein zunächst neun Monate gültiges Abkommen „kontrolliert“ zulassen.*

*Was ist das Problem? Zunächst einmal das undemokratische Umgehen und Hinhalten des Europäischen Parlaments. Laut Lissabon-Vertrag muss es über das Abkommen abstimmen. Dessen ungeachtet, trat dieses jedoch vor der Abstimmung am 01. Februar 2010 in Kraft. Dass das Abkommen nun mehrheitlich abgelehnt wurde, ist aber auch der inhaltlichen Kritik geschuldet, denn es sah keine strikte Zweckbindung geschweige denn klare Lösungsfristen für die Daten vor. Zudem gab es keinen ausreichenden individuellen Rechtsschutz für den Fall, dass man im Raster der Fahnder landete und das eigene Konto gesperrt worden wäre. Auch sollte eine Datenweitergabe von den USA an Drittstaaten möglich sein. Wer dann bereits unter leisem Terrorverdacht steht, hätte spätestens bei der Einreise in diese Drittstaaten richtige Schwierigkeiten gehabt.*

*Das Parlament ist keine Durchwinkinstanz! Die Ablehnung des Interimabkommens ist ein wichtiges Signal für die Demokratie in Europa und eine Warnung an Rat, Kommission und US-Regierung. Für kommende Abkommen wird man den Weg einer frühzeitigen und umfassenden Einbindung des Parlaments als Interessenvertretung der Bürger gehen müssen.*

*Cornelia Ernst, MdEP*

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

## DIE LINKE im Bezirk bietet Unterstützung Hartz IV – Ängste, Fragen, Hilfestellung



Der Alltag von Hartz IV-Empfänger ist hart. Die populistischen Pöbeleien gewisser Herren sind da das geringere Übel. Da die Verursacher bekannt sind, kann man auch einfach mal weghören. Zudem sind die Berlinerinnen und Berliner durch die wiederholten Entgleisungen des ehemaligen Finanzsenators Thilo Sarrazin (noch SPD?) an einiges gewöhnt.

Dem JobCenter kann sich hingegen kein Hartz IV-Empfänger entziehen – hier geht es schließlich um lebensnotwendige Geldleistungen. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an mit der ganzen Härte der Gesetzgebung konfrontiert. Es beginnt mit einem seitenlangen Antrag und der Offenbarung der Vermögensverhältnisse. Dann folgen eine ebenso lange Eingliederungsvereinbarung und jede Menge weitere Anträge auf Bewerbungskosten, Ortsabwesenheit usw., schließlich die Androhungen von Sanktionen für die kleinste Pflichtverletzung. Der Hartz IV-Empfänger ist mit einer unzähligen Zahl von Papieren und Vorschriften konfrontiert. Hinzu kommen Anforderungen, an Maßnahmen teilzunehmen – so unsinnig diese auch sein mögen. Zum

wiederholten Mal ein Bewerbungstraining oder eine MAE-Maßnahme. Viele Betroffene sind mit der Bürokratie und den Rechtsbehelfen überfordert und schlucken aus Unkenntnis und Angst so manches, was gar nicht Recht und Gesetz entspricht. Doch es gibt gute Chancen sich gegen Zumutungen und Rechtsverletzungen durch das JobCenter zu wehren.

In Charlottenburg-Wilmersdorf ist dies genauso wie in jedem anderen Ort unserer Republik. So ergab eine 2009 durch die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf gestellte Anfrage an das Bezirksamt, dass sich Betroffene in 32 Prozent der Fälle erfolgreich per Einspruch bzw. Rechtsmittel gegen Sanktionen des JobCenters zur Wehr setzten.

Der Bezirksverband der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf engagiert sich seit Jahren intensiv für Hartz IV-Betroffene. Hier gibt es seit 2008 einen speziellen Arbeitskreis, der sich der Thematik angenommen hat. Die Linksfraktion in der BVV begleitet die Arbeit des JobCenters kritisch mit Anträgen und Anfragen an das Bezirksamt. Beispielsweise

### Termine im Bezirk

- 8. März 19 Uhr**  
**Kommunalpolitischer Arbeitskreis**  
Rathaus Wilmersdorf,  
Büro der Linksfraktion, Raum 3101  
nächste Termine: 15. 3., 22. 3., 12. 4.,
- 10. März 19 Uhr**  
**Mitgliederversammlung DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Rathaus Charlottenburg, Saal 3
- 16. März 19 Uhr**  
**Sozialpolitischer Arbeitskreis**  
Restaurant „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28,  
nächster Termin: 30. 3.
- 24. März 19 Uhr**  
**Koordinierungsrunde Bezirksvorstand, Arbeitskreise und Basisorganisationen**  
Rathaus Wilmersdorf, Raum 3105
- 25. März 19 Uhr**  
**Redaktionssitzung "Bezirksbühne"**  
Rathaus Wilmersdorf, Raum 3105
- 26. März 19 Uhr**  
**Lesung**  
Pinar Selekt liest aus ihrem Buch "Kriechend zum Mann werden"  
Veranstalter: DIE LINKE und AG Kultur im Kiez Mierendorffplatz  
Nachbarschaftsladen, Taurogener Str. 44
- 1. April 18 Uhr**  
**Bezirksvorstand**  
Rathaus Wilmersdorf, Raum 3101
- 4. März 19:30 Uhr**  
**BO Westend**  
Gaststätte "Hienerwadi", Reichsstr. 87
- Alle aktuellen Informationen zu Terminen finden Sie unter:**  
[dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de](http://dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)

setzt sie sich dafür ein, dass Betroffene das JobCenter erreichen können, ohne Telefongebühren zahlen zu müssen.

Ab März kann nun zusätzliche Hilfe und Unterstützung angeboten werden. Thomas Art, ein engagierter Anti-Hartz IV-Aktivist wird im Büro der BVV-Linksfraktion (Rathaus Wilmersdorf, Raum 3101) einmal die Woche sowie nach Vereinbarung ehrenamtlich Gespräche für Hartz IV-Betroffene anbieten. Hier kann über Erfahrungen und Probleme berichtet und über mögliche Lösungen diskutiert werden.

*Axel Gödel*



27. März | Tagung

### Gemeinschaftsschule in Berlin Eine Zwischenbilanz der Pilotphase im Kontext der geplanten Schulstrukturreform

10:00 bis 18:00 Uhr,  
Reformschule Charlottenburg  
Sybelstraße 20/21

U. a. mit:

**Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner** (Senator für Bildung)  
**Marianne Demmer** (stellv. Bundesvors. GEW)  
**Steffen Zillich** (MdA)

Kosten: 5 Euro  
Informationen und Anmeldung unter:  
[www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

### Impressum:

Herausgeber: Bezirksvorstand  
DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf  
Vi.S.d.P.: Torsten Hesse  
E-mail:  
[bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)  
Bildrechte, wenn nicht anders angegeben:  
Bezirksverband  
Redaktionsschluss: 05. 03. 2010  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

[www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de](http://www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de)